



Montag, 14. Juni

2021

Qualifikationsverfahren Allgemeinbildung

Schlussprüfung (SP) für 4-jährige Lehren

4 P

Lehrjahre

A

Grundwissen, Schreiben, Lesen, Grafiken

Kontrollnummer

Name

Vorname

Beruf

Klasse

Prüfungsteile

Total

Maximalpunktzahl

90

Erreichte Punktzahl

Note

Unterschrift der Examinatorin/des Examinators

(Bei Note unter 4.0)

Unterschrift der Expertin/des Experten

Informationen zur Prüfung

Prüfungsinhalt Sie werden sich während dieser Prüfung mit den Themen «Zeitgeschehen: Politik», «Steuern», «Wohnen» und «Beziehungen leben» befassen und dabei unterschiedliche Aufgabenstellungen bewältigen. Für gewisse Aufgaben benötigen Sie das Beiblatt.

Prüfungsdauer 120 Minuten

Bewertung Die Bewertung entspricht den Angaben (Punkten) am Ende der jeweiligen Aufgabe.

Punkte		Note	
85.5–90.0		6.0	Qualitativ und quantitativ sehr gut
76.5–85.0		5.5	
67.5–76.0		5.0	Gut, zweckentsprechend
58.5–67.0		4.5	
49.5–58.0		4.0	Den Mindestanforderungen entsprechend
40.5–49.0		3.5	
31.5–40.0		3.0	Schwach, unvollständig
22.5–31.0		2.5	
13.5–22.0		2.0	Sehr schwach
4.5–13.0		1.5	
0.0–4.5		1.0	Unbrauchbar oder nicht ausgefüllt

Erlaubte Hilfsmittel

- Taschenrechner
- Wörterbuch
- Duden der deutschen Rechtschreibung oder vergleichbare Wörterbücher
- ZGB, OR (inkl. Alphabetisches Stichwortverzeichnis) und Gesetzessammlung

Hinweis **Die Benutzung von Smartphones, Smartwatches, Tablets, Notebooks und Ähnlichem ist für die ganze Dauer der Prüfung untersagt.**

Zeitgeschehen: Politik

1a

2.0 P (je 0.5 P)

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen richtig oder falsch sind.

	Richtig	Falsch
Der Bundesrat ist die Exekutive der Schweiz.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Schweiz ist ein Bundesstaat.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Schweiz ist eine repräsentative Demokratie.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Der Bund ist die höchste der drei politischen Ebenen der Schweiz.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

1b

1.5 P (je 0.5 P)

Verbinden Sie jede Aussage mit einem passenden Begriff.

Aussage	Begriffe
Die Aufteilung der Staatsgewalt zum Schutz vor Machtmissbrauch	Volksmehr
	Demokratie
Die Regierungsform der Schweiz	Parteien
	Gewaltenteilung
Vier sind im Bundesrat vertreten	Kantone
	Bundesstaat

1c

1.5 P (je 0.5 P)

Ordnen Sie drei der sechs Begriffe den passenden Aussagen zu.

Exekutive; Ständerat; Bundesräte; Bundesrichter; Legislative; Nationalrat

Aussage	Begriffe
Gehören zur Judikative	
Die gesetzgebende Gewalt	
Die Vertretung der Kantone im schweizerischen Parlament	

Punkte: _____

2. Lesen Sie den Text.

Der Bundesrat besteht aus sieben Mitgliedern. Jedes Mitglied steht einem Departement vor. Sie treffen sich in der Regel mittwochs zur Bundesratssitzung. Diese wird vom Bundeskanzler vorbereitet und vom Bundespräsidenten geleitet. Der Bundesrat setzt sich nicht mehr nur aus Männern zusammen, wie dies bis zur Jahrtausendwende fast durchwegs der Fall war. Im aktuellen Bundesrat sitzen drei Bundesrätinnen. Der Bundesrat wird von der Bundesversammlung für eine Amtsdauer von vier Jahren gewählt. Die Bundesversammlung besteht aus dem Nationalrat mit 200 Sitzen und dem Ständerat mit 46 Sitzen. Beide Räte tagen viermal pro Jahr in dreiwöchigen Sessionen. In der übrigen Zeit des Jahres arbeiten die Politiker und Politikerinnen auf ihrem Beruf. So soll sichergestellt werden, dass sie den Kontakt zur Bevölkerung nicht verlieren.

Ersetzen Sie in den nachfolgenden Sätzen nur den unterstrichenen Begriff durch ein gleichbedeutendes Wort aus dem Text. **2.0 P (je 1.0 P)**

2a Jedes Mitglied des Bundesrates ist für einen Aufgabenbereich verantwortlich.

2b Das Schweizer Parlament besteht aus zwei Kammern.

Korrigieren Sie die falschen Aussagen mithilfe des Textes und schreiben Sie diese neu. **2.0 P (je 1.0 P)**

2c Im aktuellen Bundesrat hat es mehr Frauen als Männer.

2d Die Bundesratssitzungen werden vom Bundeskanzler geleitet.

Punkte:

3. Im November 2013 wurde in der Schweiz über die **1:12 Initiative** abgestimmt. Diese verlangte, dass der höchste Lohn in einer Firma nicht mehr als zwölfmal so hoch sein darf wie der tiefste Lohn. Lesen Sie den Originaltext der Volksinitiative. *(Quelle: Eidgenössische Bundeskanzlei)*

Die Volksinitiative lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 110a (neu) Lohnpolitik

¹Der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn darf nicht höher sein als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes. Als Lohn gilt die Summe aller Zuwendungen (Geld und Wert der Sach- und Dienstleistungen), welche im Zusammenhang mit einer Erwerbstätigkeit entrichtet werden.

²Der Bund erlässt die notwendigen Vorschriften. Er regelt insbesondere:

- a. die Ausnahmen, namentlich betreffend den Lohn für Personen in Ausbildung, Praktikantinnen und Praktikanten sowie Menschen mit geschützten Arbeitsplätzen;
- b. die Anwendung auf Leiharbeits- und Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Kreuzen Sie an, ob die Aussage richtig oder falsch ist und korrigieren Sie die falschen Aussagen.

0.5 P pro richtiges Kreuz, 1 P pro richtigen Satz

3a Die Initiative will die Bundesverfassung ändern.

Richtig Falsch

3b Lohn wird als Gegenleistung für eine Erwerbstätigkeit entrichtet.

Richtig Falsch

3c Berufslernende fallen ebenfalls unter die 1:12-Regel.

Richtig Falsch

3d Die Kantone regeln die Anwendung auf Teilzeitarbeitsverhältnisse.

Richtig Falsch

Punkte: _____

4. Die 1:12 Initiative – für gerechte Löhne wurde von den Jungsozialisten (JUSO) eingereicht. Die JUSO ist die Jungpartei der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP). Lesen Sie den Text.

[...] 1984 verdiente der Chef eines grösseren Schweizer Unternehmens im Durchschnitt noch rund sechs Mal so viel wie eine Normalverdienerin. Heute bekommen die CEOs* das 43-Fache eines normalen Lohns. Und während sich die Manager immer schamloser bedienen, stagnieren** die Löhne der grossen Mehrheit. Für Familien wird es immer schwieriger, Krankenkassenprämien und Mieten zu bezahlen. Mit der 1:12-Initiative können wir diese Entwicklung stoppen. Die Forderung der Initiative ist so einfach wie wirksam: Kein Manager darf in einem Monat mehr verdienen als seine MitarbeiterInnen während des ganzen Jahres. Will sich der CEO selbst einen höheren Lohn auszahlen, so muss er auch die tieferen Löhne im Unternehmen anheben. Die 1:12-Initiative fordert eine Lohnbandbreite, wie sie noch vor wenigen Jahren auch bei den grossen Schweizer Unternehmen üblich war. [...] Stimmen Sie deshalb JA zur 1:12-Initiative und helfen Sie mit, die Abzocker zu stoppen! *(Quelle: Erläuterungen des Bundesrates, Volksabstimmungen 24.11.2013)*

*CEO = Chief Executive Officer, Geschäftsführer/ Geschäftsführerin

**stagnieren = sich nicht verändern, sich nicht weiterentwickeln.

Notieren Sie in korrekten Sätzen **zwei Argumente**, mit denen die Initianten ihr Anliegen begründeten.

4 P, je 2 P. Pro Argument max. 1 P Abzug für fehlerhafte Grammatik und Rechtschreibung

1.	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/>
2.	<hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/> <hr/>

Punkte: _____

5. Schauen Sie sich auf dem **Beiblatt, S. 1 (BILD 1)**, das Plakat der Gegner der *1:12 Initiative – für gerechte Löhne* mit dem Spruch «Lohndiktat vom Staat?» an. Alle bürgerlichen Parteien (FDP, CVP, BDP, SVP) und die Grünliberalen waren gegen die Initiative.

5a
Umschreiben Sie den Spruch «Lohndiktat vom Staat?» in einem korrekten Satz in eigenen Worten.

1 P, davon max. 0.5 P Abzug für fehlerhafte Grammatik und Rechtschreibung

5b
Erklären Sie das Argument, das die Abstimmungsgegner mit diesem Plakat dem Stimmvolk vor Augen führen wollten, in einem korrekten Satz.

1 P, davon max. 0.5 P Abzug für fehlerhafte Grammatik und Rechtschreibung

6. In der Tabelle unten sehen Sie das Abstimmungsergebnis und die Stimmbeteiligung bei der *1:12 Initiative – für gerechte Löhne* vom 24.11.2013. Daneben sehen Sie das Resultat und die Stimmbeteiligung der *Volksinitiative pro Tempo 130/100* vom 26.11.1989. Diese wollte die Höchstgeschwindigkeit auf Ausserortsstrassen auf 100 km/h und auf Autobahnen auf 130 km/h erhöhen.

	1:12 Initiative – für gerechte Löhne (24.11.2013)		Volksinitiative pro Tempo 130/100 (26.11.1989)	
Total Stimmberechtigte	5'203'973		4'320'988	
Stimmbeteiligung	53.63%		69.15%	
Gültige Stimmzettel	2'751'717		2'962'979	
Ja-Stimmen	954'787	34.7%	1'126'458	38.0%
Nein-Stimmen	1'796'930	65.3%	1'836'521	62.0%
Annehmende Stände	0		6	

Quelle: Eidgenössische Bundeskanzlei, Volksabstimmungen.

Punkte: _____

6a

3 P, je 0.5 P

Vergleichen Sie die Volksabstimmungen und vervollständigen Sie die Sätze.

2013 gab es rund _____ mehr Stimmberechtigte als im Jahr _____. Die Stimmbeteiligung war bei der Volksinitiative 1:12 rund _____% tiefer als bei der Volksabstimmung über pro Tempo 130/100. Der Ja-Stimmen-Anteil betrug bei der Volksinitiative pro Tempo fast _____ Fünftel. Beide Initiativen erhielten fast gleich viele _____. Beide Volksinitiativen wurden klar _____.

6b

1 P

Nennen Sie ein gleichbedeutendes Wort für **Stände**.

6c

1 P, je 0.5 P

Für das Resultat einer Abstimmung zählen nur die gültigen Stimmen. Welche Stimmzettel werden für das Ergebnis nicht berücksichtigt? **Zwei Antworten verlangt.**

7a

2 P, je 0.5 P

Füllen Sie die Felder mit den korrekten Angaben.

	Mindestunterschriftenzahl	Zeit zum Sammeln von Unterschriften
Initiative		
Fakultatives Referendum		

7b

4 P, je 0.5 P. Pro falsches Kreuz 0.5 P Abzug

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen auf eine Initiative, ein obligatorisches oder ein fakultatives Referendum zutreffen. Pro Zeile sind mehrere Kreuze möglich.

Aussage	Initiative	Obligatorisches Referendum	Fakultatives Referendum
Zur Annahme genügt das Volksmehr.			
Zur Annahme braucht es das doppelte Mehr.			
Eine Änderung der Bundesverfassung anstossen.			
Die Bundeskanzlei prüft die Gültigkeit der Unterschriften.			
Im Falle des Beitritts der Schweiz zur EU			
Das Referendum gegen das Covid-19-Gesetz			

Punkte: _____

Steuern

1a 1 P, je 0.5 P

Kreuzen Sie die beiden Dokumente an, die Sie zum Ausfüllen Ihrer Steuererklärung benötigen.

- Pass/ ID /Aufenthaltsbewilligung
- Quittungen für Berufsauslagen wie ÖV -Abonnement
- Arbeitsvertrag
- Kontoauszüge

1b 2 P, je 1 P

Ergänzen Sie die Auflistung mit **zwei** weiteren notwendigen Unterlagen.

2a 1 P, je 0.5 P

Umkreisen Sie die beiden direkten Steuern.

Motorfahrzeugsteuer Einkommenssteuer Tabaksteuer Mehrwertsteuer Erbschaftsteuer

2b 1 P

Nennen Sie ein weiteres Beispiel für eine direkte Steuer in der Schweiz.

3. Die Einkommenssteuer ist eine progressive Steuer. Erklären Sie, was eine 1 P

progressive Besteuerung für die Steuerzahlenden bedeutet, indem Sie den korrekten Begriff in die Lücke schreiben.

Je höher das Einkommen, desto höher _____.

4a 0.5 P

Nennen Sie die Höhe des Verrechnungssteuersatzes in der Schweiz.

_____ %

Punkte: _____

4b

1 P

Die Verrechnungssteuer wird auf Kapitalerträge und Lottogewinne erhoben.
Nennen Sie ein Beispiel für einen Kapitalertrag.

5a

0.5 P

In der Tabelle sehen Sie die normalen Mehrwertsteuersätze in Nachbarländern der Schweiz. Tragen Sie den normalen Mehrwertsteuersatz für die Schweiz ein.

Land	MwSt.
Deutschland	19 %
Frankreich und Österreich	20 %
Italien	22 %
Schweiz	_____ %

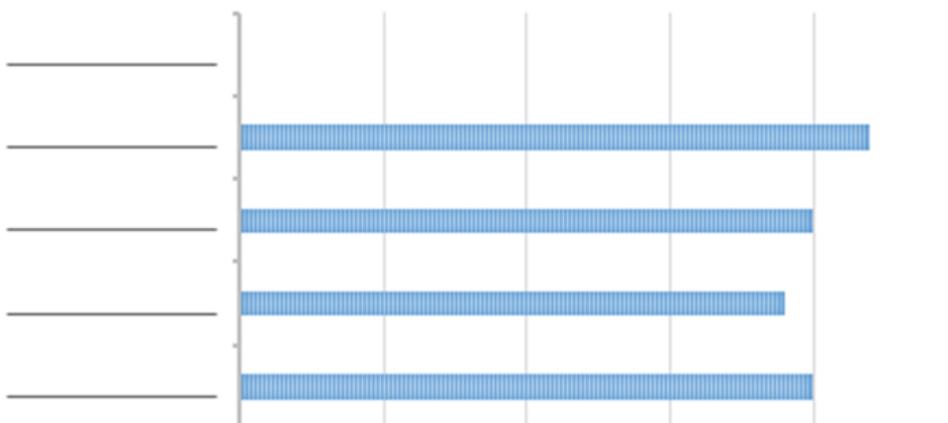
5b

Beschriften Sie jeden Balken korrekt mit Land und Mehrwertsteuersatz. Zeichnen Sie den Balken für die Schweiz ein.

2 P für komplett beschriftetes Diagramm.
Davon 1 P für den korrekt eingezeichneten und beschrifteten Balken für die Schweiz.

MEHRWERTSTEUERSATZ IN PROZENTEN

■ Mehrwertsteuersatz



Punkte:

6a Die Besteuerung von Erbschaften liegt in der Steuerhoheit der Kantone. 1 P
 Erklären Sie den Begriff **Steuerhoheit**.

6b Lesen Sie die Erläuterung der Erbschaftssteuer auf der Homepage der Schweizer Behörden.

Die Erbschaftssteuer ist von den Personen zu entrichten, die den Nachlass übernehmen. Die Berechnungsgrundlage ist der Wert des übertragenen Vermögens. Zuwendungen von persönlichen und Hausrat-Gegenständen werden in den meisten Kantonen nicht besteuert. In der Regel sind Ehegatten und Personen in eingetragener Partnerschaft untereinander sowie Nachkommen, Stief- oder Pflegekinder steuerbefreit. Wird eine Steuer erhoben, ist die Höhe meist abhängig von der Höhe des Vermögensanfalles sowie vom Verwandtschaftsgrad des Erben zur verstorbenen Person. Je näher verwandt desto geringer der Steueransatz. (*Quelle: ch.ch*)

Von welchen zwei Kriterien hängt die Höhe der Steuer bei einer Erbschaft laut Text meist ab? 1 P, je 0.5 P

6c

Die Tatsache, dass Erbschaften für Ehegatten steuerbefreit sind, führt dazu, dass unverheiratete Partner und Partnerinnen steuerrechtlich benachteiligt werden. Will eine Erblasserin ihr Vermögen ihrem Lebenspartner vererben, muss dieser Erbschaftssteuer zahlen. Dabei wird die Dauer der Beziehung berücksichtigt und der Umstand, ob ein unverheiratetes Paar zusammen oder getrennt wohnt. Ein **Berechnungsbeispiel** für den Kanton Zürich für eine Erbschaft von 100'000 Franken sieht wie folgt aus:

Erbschaft	Erbbegünstigte/r	Erbschaftssteuer
100'000 Franken	Ehegatte/ Ehegattin	steuerfrei
100'000 Franken	Lebenspartner/ Lebenspartnerin, mehr als fünf Jahre zusammen im gleichen Haushalt.	7'200 Franken
100'000 Franken	Lebenspartner/ Lebenspartnerin, weniger als fünf Jahre zusammen, getrennter Haushalt.	16'800 Franken

Punkte: _____

Wohnen

1a

2. P (je 0.5 P)

Verbinden Sie die Begriffe mit den passenden Aussagen.

Begriffe		Aussagen
Untermiete		Ein Bericht über Schäden und Defekte.
Nebenkosten		Geldbetrag, der als Sicherheit dient.
Mängelliste		Ausgaben, die durch den Betrieb entstehen.
Kautions		Vertragsbeziehung zwischen einem Mieter/ einer Mieterin und einem Mitbewohner/ einer Mitbewohnerin.

1b

2 P (je 0.5 P)

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen aus dem Mund eines Mieters/ einer Mieterin oder eines Vermieters/ einer Vermieterin kommen.

	Mieter/ Mieterin	Vermieter/ Vermieterin
«Ich möchte Einsicht in das Abnahmeprotokoll nehmen.»	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
«Sie müssen die Sache sorgfältig gebrauchen.»	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
«Diese Reparatur müssen Sie dulden (akzeptieren).»	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
«Sie sind für kleine Mängel verantwortlich!»	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Lesen Sie den untenstehenden Text aus der Zeitung BLICK.

«Wir kämpfen – notfalls bis vor Gericht»

In Belp bei Bern ist der Ärger unter Mietern einer Primavera-Siedlung gross. Streitpunkt sind überrissene oder zu hohe Nebenkostenabrechnungen. Die Mieter fordern insgesamt über 97'000 Franken zurück. Doch die Verwaltung stellt sich quer.

Elisabeth Messerli (63) ist richtig wütend. Der Grund ist die Nebenkostenabrechnung ihrer Verwaltung Primavera. Der Ärger begann Ende Mai 2019. «Wir hatten die Abrechnung für 2016/17 bekommen», erzählt Rentnerin Messerli aus Belp dem BLICK. «Sofort habe ich gestutzt. Der Betrag war viel höher als sonst.»

Punkte: _____

Besonders augenfällig: Die Wasserkosten haben sich mehr als verdoppelt. Schnell stellt die Mieterin fest, dass die Nebenkostenabrechnung zwar wie üblich für ein Jahr gemacht wurde, aber das Wasser von 18 Monaten drin ist. «Da haben sie uns doch sechs Monate reingeschmuggelt!», empört sich Messerli.

Für ihre 4-Zimmer-Wohnung sollen sie und ihr Partner Max Hurni (64) insgesamt 1280 Franken nachzahlen. Zuvor waren es jeweils zwischen 200 und 300 Franken. Als sich Messerli und Hurni bei Nachbarn umhören, zeigt sich, dass alle Mieter des Hauses deutlich mehr zahlen müssen.

Die Siedlung besteht aus drei Häusern mit insgesamt 72 Wohnungen. Im mittleren Block sind die geforderten Nachzahlungen etwas tiefer als bei Messerli und ihren Haus-Mitbewohnern. Im hintersten erhalten Mieter für die gleiche Periode Rückzahlungen. Das Total der Rückforderungen aus den drei Häusern: 97'708.95 Franken für die Jahre 2008 bis 2018. 37 der verärgerten Mieter organisieren sich und beschliessen, sich gegen die Primavera zu wehren. Sie verlangten Einsicht in die Belege.

Verschiedene Ausreden

«Als wir uns die Abrechnung genauer angeschaut haben, entdeckten wir noch viele weitere Unstimmigkeiten. Unser Ärger wurde immer grösser», so Messerli. Ein Beispiel sei der Hauswart. Die Mieter des ersten Hauses zahlten die letzten neun Jahre die Miete für die Einstellhallenplätze, wo seine Maschinen lagern. Der externe Hauswart aber benutze die Geräte auch noch für andere Liegenschaften. Die Mieter wollen das nicht finanzieren, denn er könne die Kosten ja bei seiner Buchhaltung abziehen, fordern sie.

Bei einer zweiten Akteneinsicht entdecken die Mieter Unterschiede bei den Treppenhauskosten. Der hinterste Block zahlt weniger. Als sie sich nach dem Warum erkundigten, hiess es: ««Dort gibt's mehr Leerwohnungen.» Als ob der Hauswart dann weniger putzt.» Für Messerli nur ein Beispiel unter vielen für das unseriöse Verhalten von Primavera.

Manchmal habe es geheissen, sie hätten etwas vergessen. Manchmal, dass sie im Vorjahr zu wenig gebucht hätten. Manchmal hätten die Quittungen gefehlt. «So kann man doch nicht arbeiten», ärgert sich Messerli. «Und wir sollen dafür geradestehen und einfach zahlen.»

Quelle: blick.ch redigiert, 6.3.2020

Punkte:

2a

5 P, je 1 P

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen richtig oder falsch sind.

	Richtig	Falsch
Frau Messerli hat höhere Nebenkosten, weil der Wasserpreis gestiegen ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Nebenkostenabrechnung wurde für den Zeitraum von einem Jahr erstellt.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Alle Mieter aus der Siedlung von Frau Messerli haben für das Jahr 2016/ 2017 höhere Nebenkosten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Mieter ärgern sich, weil sie dem Abwart zu Unrecht den Lagerplatz für seine Maschinen bezahlen müssen.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Frau Messerli ist der Ansicht, dass die Verwaltung beim Abrechnen der Nebenkosten Fehler gemacht habe und die Mieter diese jetzt ausbaden müssten. Das findet sie nicht richtig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2b

7 P

Angenommen Sie sind eine Mieterin aus der Primavera-Siedlung (Priska Huber). Sie haben die Abrechnung der Nebenkosten für Ihre Wohnung erhalten. Darauf sind die einzelnen Kostenpunkte aufgeführt. Dies ist Ihnen zu wenig detailliert. Sie verlangen Einsicht in die Belege (Quittungen etc.) für die einzelnen Beträge. Schreiben Sie Ihrer Verwaltung Primavera ab dem Betreff einen Geschäftsbrief, in welchem Sie...

1. ...mitteilen, dass Sie mit der Nebenkostenabrechnung nicht einverstanden sind.
2. ...erklären, warum Sie nicht einverstanden sind.
3. ...einen Termin zur Akteneinsicht fordern.

Bewertungsschema Geschäftsbrief

Punkte 1, 2 und 3 sind dargelegt.

3 P

Anforderungen an einen Geschäftsbrief (Anrede, Text, Gruss, Unterschrift) sind erfüllt.

2 P

Angemessene Länge und höfliche Sprache

2 P

Abzug für fehlerhafte Rechtschreibung und Grammatik

Maximal 3 P

Punkte:

(Absender) Priska Huber

(Empfänger) Primavera Verwaltung

(Ort, Datum) Zürich, 14. Juni 2021

(Betreff) **Unpräzise Nebenkostenabrechnung**

Area with horizontal lines for writing.

Punkte:

3.

4 P, je 2 P

Lösen Sie die Fälle mit den Auszügen aus dem **OBLIGATIONENRECHT** auf dem **Beiblatt, S. 2+3**.

a Am 05.06.2020 trifft Florian seinen Freund Jörg am Bahnhof. Florian erzählt Jörg, dass er die Miete für den vergangenen Monat noch nicht an seinen Vermieter überwiesen habe. Jörg sagt Florian, dass er dann wohl auf Ende dieses Monats obdachlos sein werde. Hat Jörg Recht? Siehe **Artikel 257d OR**

b Eric hat am 03.03.2020 in seinem unbefristeten Mietvertrag gelesen, dass er das Mietverhältnis für seine Wohnung auf einen ortsüblichen Termin (31. März und 30. September) kündigen könne. Da er nächstes Jahr sowieso nach Brasilien auswandern wird, hat er noch am gleichen Tag seine Wohnung auf den 30. September 2020 gekündigt. Als er dies Anna erzählt, sagt diese, dass diese Kündigung wohl ungültig sei, weil er sich zuvor telefonisch bei seinem Vermieter hätte melden müssen, um ihn zu fragen, ob ihm dieser Termin passe. Hat Eric korrekt gehandelt? Siehe **Artikel 266c OR**

Punkte:

4. Lösen Sie den Fall mit den Auszügen aus dem **OBLIGATIONENRECHT** auf dem **Beiblatt, S. 2+3**, und **geben Sie den relevanten Gesetzesartikel an.**

2 P, davon 1 P für den Gesetzesartikel

Valentins Frau ist zum zweiten Mal schwanger. Seit einiger Zeit besucht er berufsbegleitend die Berufsmaturitätsschule und hat dafür sein Arbeitspensum reduziert. Jetzt hat Valentin für die gemeinsame Wohnung die Kündigung bekommen. Der Vermieter benötigt die Wohnung für seinen Sohn. Doch ein Wohnungswechsel ist für Valentin und seine Frau in ihrer Situation nahezu unmöglich. Welches Vorgehen bleibt ihnen gemäss Mietrecht?

Gesetzesartikel:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

5. Nummerieren Sie die einzelnen Schritte einer Wohnungsabgabe, sodass diese den Ablauf einer Wohnungsübergabe an den Vermieter korrekt beschreiben. 1 = erster Schritt, 6 = letzter Schritt

2 P, für jeden korrekt nummerierten Schritt 0.5 P

	Rückzahlung Mietkaution
	Endreinigung
1	Abgabetermin festlegen
	Eventuelle Behebung von Mängeln durch den Vermieter auf Kosten des Mieters
	Wohnungsrundgang mit Mängelprotokollierung
4	Unterschreiben Abnahmeprotokoll

Punkte: _____

6.

Schauen Sie sich auf dem **Beiblatt, S. 4**, die **GRAFIK A** an und beantworten Sie die Fragen a und b.

a Nennen Sie die zwei Kantone, in denen man am häufigsten Wohnungen findet, die nicht in einem Mehr- oder Einfamilienhaus untergebracht sind. 1 P, je 0.5 P

b Geben Sie die Gebäudekategorie an, in der sich in der Schweiz am häufigsten Wohnungen finden, und nennen Sie den ungefähren prozentualen Anteil dieser Wohnungen. 2 P, je 1 P pro Antwortteil

7.

Schauen Sie sich auf dem **Beiblatt, S. 4**, die **GRAFIK B** an und beantworten Sie die Fragen a und b.

a Vergleichen und beschreiben Sie die Entwicklung der Leerstände bei den 2- und 4-Zimmer Wohnungen über die ganze Zeitachse hinweg. 1 P

b Interpretieren Sie den nachfolgenden Unterschied: 5- und 6-Zimmer-Wohnungen sind viel weniger stark Schwankungen unterworfen als kleinere Mietobjekte, deren Leerstandsquote stärker schwankt. 1 P

Punkte:

Beziehungen leben

1a

Verbinden Sie die Begriffe mit den passenden Aussagen. Einen Begriff müssen Sie noch ergänzen.

4 P, 1 P für den Begriff, 0.5 P für jede richtige Verbindung

Begriffe		Aussagen
_____		Gehört jedem Ehepartner einzeln.
Elterliche Sorge		Wird von Verheirateten gemeinsam ausgeübt.
Eigengut		Gehört Ehepartnern gemeinsam.
Errungenschaft		Wird vor der religiösen Eheschliessung durchgeführt.
Zivile Trauung		Ehe ohne Trauschein.
Unterhaltspflicht		Gilt bis zum 18. Lebensjahr des Kindes oder bis zum Abschluss einer Erstausbildung.

1b

Kreuzen Sie an, ob die Aussagen richtig oder falsch sind.

4 P, je 0.5 P

	Richtig	Falsch
Bei der güterrechtlichen Auseinandersetzung wird der gemeinsame Güterstand aufgelöst.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine Ehevoraussetzung ist, dass mindestens ein Ehepartner 18 Jahre alt ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Güterrecht bestimmt, wem die Kinder von Eheleuten gehören.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die eingetragene Partnerschaft ist nur für gleichgeschlechtliche Paare.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wer sich verlobt, muss anschliessend auch heiraten.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ein Ehehindernis ist zum Beispiel, wenn ein Grossvater seine Enkelin heiraten will.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine zivile Trauung ist auch ohne Zeugen oder Zeuginnen möglich.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Eine Ehe muss aus freiem Willen eingegangen werden. Ansonsten ist sie ungültig.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Punkte: _____

2.

Korrigieren Sie die Fehler in den nachfolgenden Aussagen, indem Sie korrekte Sätze verfassen. Der Anfang des Satzes ist jeweils vorgegeben.

3 P, je 1 P pro korrekte Antwort

a

Im Güterrecht gibt es drei Güterstände: Gütervereinigung, Güterlosigkeit und Gütererhalt.

Im Güterrecht gibt es drei Güterstände:

b

Zur Errungenschaft zweier Eheleute gehört alles, was die Eheleute während der Ehe geschenkt bekommen.

Zur Errungenschaft zweier Eheleute gehört alles,

c

Wenn die Eheleute bei der Heirat nichts Besonderes vereinbart haben, dann gilt automatisch die Gütervereinigung.

Wenn die Eheleute bei der Heirat nichts Besonderes vereinbart haben,

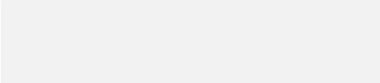
Punkte:

3.

Doris Schmid ist gestorben und hinterlässt ein Erbe von hunderttausend Schweizer Franken. Sie ist verheiratet und hat eine Tochter. Von dieser Tochter hat sie ein Enkelkind. Ihren Ehemann setzt sie auf den Pflichtteil. Die frei verfügbare Quote vermachte sie ihrem Geliebten.

Berechnen Sie die erbrechtlichen Anteile für die nachfolgenden Personen und **zeigen Sie den Lösungsweg** auf. Verwenden Sie die **Artikel 462 ZGB und Artikel 471 ZGB auf dem Beiblatt, S. 3 (ZIVILGESETZBUCH)**.

4 P, pro korrekte Lösung mit nachvollziehbarem Lösungsweg je 1 P



Die erbrechtliche Aufteilung:

Der Ehemann erbt:
Die Tochter erhält:
Das Enkelkind erbt:
Der Geliebte erhält:

Punkte: